

NWA NIE WIEDER ATOMKRAFTWERKE REGIONALGRUPPE AARGAU

## Gegen Atom – für Cleantech

**Atomkraftwerke will die Atomindustrie bauen. Dabei steht fest: Gemäss einer Studie aus dem Jahr 2009, notabene im Auftrag der Alpiq, wollen nur 3 Prozent der Befragten Atomstrom in ihrem Strommix. Da wird also vollkommen am Bedürfnis der Bevölkerung vorbei geplant.** Lotty Fehlmann

Wir von NWA Aargau setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese unselige Technologie endlich zu einem Ende geführt und keine zweite Generation AKWs gebaut wird. Gründe für unser Engagement gibt's mehr als genug:

- Der Abbau des Urans hinterlässt in den Abbaugebieten eine Sauerei sondergleichen: Für jede Tonne verwertbares Uranerz fallen bis zu 2000 Tonnen strahlender, umweltbelastender Abraum an.

ATOMKRAFT?  
NEIN DANKE

**Auch Kölliken war sicher**

Heute wird die Sondermülldeponie für 670 Millionen Franken saniert. Der Giftmüll wird andernorts entsorgt. Für wie lange?

www.niewiederakw.ch

NWA NIE WIEDER ATOMKRAFTWERKE  
Regionalgruppe NWA Aargau

- Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler. Es ist vollkommen naiv zu meinen, in unseren AKWs könnten keine schwerwiegenden Unfälle passieren. Um so mehr, wenn man bedenkt, dass die beiden Beznau-Reaktoren in unserem Kanton die ältesten dieses Typs auf der ganzen Welt sind!

- In der Umgebung von AKWs wird, auch im Normalbetrieb, eine erhöhte Krebsrate bei Kindern festgestellt.

- Ein neues AKW kostet rund 10 Milliarden Franken (vergleiche die Kalamitäten um Block 3 des EPR-Reaktors in Olkiluoto/Finnland). Die Citibank – nicht gerade Teil der Anti-AKW-Bewegung – stellte im November 2009 in einer Studie fest «New Nuclear – The Economics

say no» («Neue Kernkraft – Ökonomen sagen nein»). Neue AKWs sind mit anderen Worten ein ökonomischer Unsinn.

- Lediglich eine Haftpflicht von 1,8 Milliarden Franken muss bei Unfällen von den Betreibern aufgebracht werden. Das Bundesamt für Zivilschutz hat die Schäden eines Unfalls vom Typ Tschernobyl auf 4200 Milliarden Franken geschätzt.

- Die Produktion von Atomstrom führt zu hoch radioaktivem Abfall, der bis zu einer Million Jahre lang tödlich strahlt. Nirgends auf der Welt existiert dafür ein Endlager, da schlicht noch keine Lösung dafür gefunden worden ist.

Die Atomkraft hat aber nicht nur ausgedient, weil so viele Gründe gegen sie sprechen, sondern weil wir sie nicht mehr brauchen. Das bestehende Effizienzpotenzial ist enorm. Gleichzeitig hat die Technologie der neuen erneuerbaren Energieträger derart rasante Fortschritte gemacht, dass sie heute eine echte Alternative darstellt. Und sie schafft Tausende von Arbeitsplätzen.

Unser Widerstand ist gefragt. Also gründeten wir im Dezember 2008 NWA Aargau. Verschiedene prominente SP-Mitglieder waren massgeblich daran beteiligt. Schliesslich handelt es sich um ein Kernthema unserer Partei – siehe Cleantech-Initiative!

Wir arbeiten aber auch eng mit anderen politischen Parteien und Organisationen zusammen. So kam es zur von sechs Organisationen getragenen Aktion «Stopp Beznau» und zur Demo «MenschenStrom gegen Atom, an der dieses Jahr an Pfingsten 5000 Personen teilnahmen.

Unser Ziel ist sonnenklar: Das Schweizer Stimmvolk stimmt im Jahr 2013 NEIN zu neuen AKWs. Und ein spezieller Erfolg wäre: Selbst das Aargauer Stimmvolk sagt NEIN!

Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr Mitglied von NWA werdet, denn wir brauchen viel Kraft und Energie, um unser Ziel zu erreichen! Weitere Informationen unter [www.nwa-aargau.ch](http://www.nwa-aargau.ch); [nwa-aargau@gmx.ch](mailto:nwa-aargau@gmx.ch).

Lotty Fehlmann Stark von Aarau ist SP-Einwohnerin und Präsidentin der NWA Aargau.



INTERVIEW

## Neues Parteiprogramm

*links.ag: Eva Schaffner, die SP Aarau diskutiert zusammen mit den Sektionen des Bezirks das neue Parteiprogramm der SP Schweiz. Wie wichtig für die tägliche politische Arbeit ist dieses Programm? Welche SP präsentiert sich darin?*

Eva Schaffner: Das neue Parteiprogramm vergegenwärtigt die wichtigsten Grundwerte sozialdemokratischer Politik: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Darauf soll unser alltägliches politisches Handeln basieren und daran wollen wir gemessen werden.

Das Parteiprogramm zeigt auch Lösungen für die Herausforderungen unserer heutigen Welt: Den schädlichen Auswirkungen der



Globalisierung auf Umwelt und Wirtschaft begegnen wir mit Nachhaltigkeit und Wirtschaftsdemokratie – konkret mit der Förderung erneuerbarer Energien oder mit klaren gesetzlichen Leitplanken für Finanzwirtschaft und Banken.

Für die Alltags-tauglichkeit muss der Entwurf noch tüchtig überarbeitet, diskutiert und sprachlich entschlackt werden. Werte mit konkreten Lösungen zu verbinden – das ist aus meiner Sicht die Stärke der Sozialdemokratie, und so zeigt sich die SP im neuen Parteiprogramm.

*Wird die SP nun für Wählerinnen und Wähler attraktiver?*

Ja. Die SP ist die einzige Partei, die in einer Zeit der abgehackten, mediengerechten Kurzstatements ihre politischen Werte und Haltungen breit und demokratisch diskutiert. Das stärkt unsere Glaubwürdigkeit.

*Welches sind Deine politischen Schwerpunkte?*

Bildung, Familien- und Sozialpolitik: Für diese Aufgaben braucht der Staat genügend finanzielle Mittel. Finanzpolitik ist aus diesem Grund mein vierter Schwerpunkt.

Eva Schaffner von Aarau ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Stab der Amtsleitung Berufsbildung und Berufsberatung in der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft. Die Fragen stellte Katharina Kerr.

## TSCHOU

## Nach der Wahl: Anpacken

Nach jeder Wahl gilt es, sich auf eine neue Situation einzustellen. Vor vier Jahren verloren SVP und FDP die gemeinsame abso-



lute Mehrheit und nach den jetzigen Wahlen haben wir eine ganz neue Parteienlandschaft. SVP und SP sind

nach wie vor die beiden stärksten Parteien. Die BDP schaffte es auf Anhieb auf den dritten Platz. Die FDP ist um einen Drittel eingebrochen und belegt nun mit den Grünen Platz vier und fünf. Neu hat die GLP als neue Kraft fast Fraktionsstärke erreicht. Wie die SP haben aber auch ihre engsten Verbündeten der vergangenen Legislatur, die Grünen und die EVP, leider Sitze eingebüsst.

Auf den ersten Blick ergibt dies eine satte bürgerliche Mehrheit, allerdings auf mehrere Parteien verteilt. Die Frage stellt sich, wie geschlossen diese bürgerliche Mehrheit auftritt. Richten sich BDP und FDP weiterhin nach der SVP aus, oder entwickeln sie ein eigenes Profil? Werden sie die konservativen Ideen der SVP immer noch mittragen, oder helfen sie mit, den Kanton Bern fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft? Sowohl in der FDP wie auch in der BDP gibt es Leute, die Verantwortung übernehmen wollen. Zudem gibt es in jeder Partei umweltbewusste Leute. Mit wechselnden Verbündeten liegen je nach Themenbereich durchaus Erfolge im Bereich des Möglichen. Packen wir es an!

Margreth Schär,  
Fraktionspräsidentin

# Politikerin aus Leidenschaft



© Kasper Boss

gerlichen Kanton Bern. Auch bei Abstimmungen positionierte Irène die SP hervorragend und brachte uns z. B. 2008 den Sieg beim Volksvorschlag «Steuersenkung mit Augenmass». Doch neben grossen Erfolgen gab es auch Frust und Enttäuschungen, die von einer Parteipräsidentin nicht nur ertragen, sondern auch erklärt und kommuniziert werden müssen. Die Nationalratswahlen 2007 und die Grossratswahlen 2010 brachten der SP grosse Verluste. Für eine Präsidentin, die Politik mit Leidenschaft betreibt, waren diese Niederlagen äusserst schmerzhaft.

## Der SP ein Gesicht geben

Irène politisiert dossiersicher und mit politischem Instinkt; hartnäckig, fair, zielgerichtet und leidenschaftlich. Sie ist bereit, ihre Haltungen zu hinterfragen und für ihre Überzeugungen zu kämpfen. Im Vordergrund stand und steht für Irène das Gesamtwohl der Partei, Ränkespielen und persönlichen Profilierungen erteilte sie immer eine deutliche Absage. Aktives Politisieren bedeutet enorm viel Freizeit und Energie für die Politik einzusetzen, Farbe zu bekennen und der SP ein Gesicht zu geben. Irène hat dies in den letzten sieben Jahren auf der kantonalen Ebene vorgelebt, kompromisslos, ohne Wenn und Aber.

## Zukunftswünsche

Nun wirst du, Irène, ab September mehr Zeit für deine Familie, deinen Beruf und deinen Freundeskreis haben, für deine politische Arbeit als Grossrätin, für deine Hobbys – für dich ganz persönlich. Dies gönne ich dir vom ganzen Herzen. Du bist und bleibst für mich auch weiterhin eine hochpolitische Persönlichkeit, mit Leidenschaft für die Politik und für das Leben. Ein Glücksfall für die SP Kanton Bern!

**Irène Marti Anliker tritt nach mehr als sieben Jahren als Präsidentin der SP Kanton Bern zurück. Es waren sieben spannende, aufreibende und eindrückliche Jahre.** Angelika Neuhaus

Irène war und ist mit Leib und Seele Politikerin. Sie hat sich von Jugend an mit Politik auseinandergesetzt. Schon als junge Frau war Irène in der JUSO aktiv, in einer rebellischen und unangepassten JUSO, die unbequeme Fragen stellte und die etablierten GenossInnen herausforderte. Doch Irène wollte nicht nur herausfordern, sie wollte mitgestalten. Sie wollte nicht nur die wunden Punkte unserer Gesellschaft aufzeigen, sie wollte sie auch ausmerzen.

## Von der Schulkommission zur Parteipräsidentin

In den letzten 30 Jahren hat Irène die verschiedensten politischen Ämter innegehabt: sie war Mitglied einer Schulkommission, des Spitalverbandes, der städtischen und kantonalen Legislative. Zwölf Jahre sass sie im Berner Stadtrat, davon fünf Jahre als Fraktionspräsidentin. Kurz nachdem Irène 2002 in den Grossen Rat gewählt wurde, kam die Anfrage für das kantonale SP-Präsidium. Eine An-

frage, die auf ihre breite politische Erfahrung baute, ihre lösungsorientierte Art des Politisierens und ihre Dialogbereitschaft. Irène hat zugesagt – und wurde am 1. März 2003 am Parteitag in Frutigen zur Präsidentin der SP Kanton Bern gewählt.

## Der happige Einstieg

Es war ein happiger Einstieg in die kantonale Politik, aber auch in die eidgenössische – sechs Monate vor den National- und Ständeratswahlen. Irène benötigte keine Anlaufzeit, sie war vom ersten Augenblick an voll dabei: Sie begleitete Simonetta Sommaruga auf ihrer Wahlkampftour und machte bei unzähligen Strassenaktivitäten an vorderster Front mit. Sie besuchte Sektionen im ganzen Kanton und warb für ihre Art des Politisierens: hartnäckig und zielgerichtet kämpfend für Chancengleichheit für alle.

## Siege und Niederlagen

Die Wahl von Simonetta Sommaruga 2003 als erste SP-Ständerätin im Kanton Bern gehört zu den Highlights im politischen Wirken von Irène, wie auch die historische Wahl der rot-grünen Regierungsmehrheit 2006 sowie deren Bestätigung 2010. Diese Ereignisse können nicht hoch genug gewertet werden im bür-



Angelika Neuhaus  
Parteisekretärin  
SP Kanton Bern



Kopftuch, Tschador, Burka: Islamische Frauenbekleidung sorgt für Diskussionsstoff.

## Nacktwandern und Burkaverbot

**Die SP-Frauen Kanton Bern lehnen ein generelles Burkaverbot ab und rufen zu einer Versachlichung der Diskussion auf.** Barbara Stalder Ritschard

In unserer Gesellschaft gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie man sich «richtig» anzieht. Doch bei aller Vielfalt gibt es Grenzen, die von fast allen eingehalten werden. Wer diese überschreitet, erregt Aufsehen und wird auch zum medialen Ereignis. Im Moment sind dies besonders die Nacktwanderer und die Burkaträgerinnen. Beide Vorkommnisse sind etwa gleich häufig und bei beiden muss zuerst abgeklärt werden, ob das Verhalten dort, wo es stört, es mit heutigen Gesetzen verhindert werden kann. Bei den Burkaträgerinnen gibt es allerdings noch zwei zusätzliche Faktoren: Man kann nicht sicher sein, dass sie sich freiwillig so verhalten, und sie tun es aus religiösen Gründen.

Wir leben in einer Kommunikationsgesellschaft. Wer uns nicht ins Gesicht sieht, handelt hier respektlos, genau wie die, die uns zur Begrüssung nicht die Hand reichen. Das löst Reaktionen aus, auch emotionale. Ob ein Verbot hier der richtige Weg ist, ist fraglich. Es ist aber sehr störend, wenn sich plötzlich rechts-konservative Kreise für die Rechte der Frau einsetzen wollen – indem sie als erstes die Burka verbieten.

Dort, wo das Erkennen der Person unabdingbar ist, ist das Tra-

gen einer Burka undenkbar. Das gilt zum Beispiel für den Strassenverkehr, die Benutzung des öffentlichen Verkehrs mit einem Abonnement, Bringen und Holen von Kindern in Kindertagesstätten und Schulen, Besuch bei öffentlichen Ämtern etc. Auch in der Lehre oder im Erwerbsleben ist das Tragen einer Burka in der Schweiz kaum möglich. Dies hat nichts mit Ausgrenzung zu tun, sondern entspricht den hiesigen Gepflogenheiten. Auch können das Tragen einer Burka und die daraus resultierenden Nachteile nicht zum Bezug von Sozialleistungen berechtigen. Ein Ja zum Leben in der Schweiz beinhaltet auch ein Ja zu den Normen und Werten des Landes.

Wir wehren uns auch dagegen, dass hier hauptsächlich von einem Migrationsproblem gesprochen wird; die meisten Burkaträgerinnen in der Schweiz sind Konvertitinnen, nicht selten mit einem Schweizerpass. Es handelt sich daher häufig um eine Überanpassung; mit einem generellen Verbot wird diese Reaktion noch verstärkt – sie wollen ja provozieren.

Die SP-Frauen Kanton Bern sind der Ansicht, dass kein spezielles Gesetz für ein Burkaverbot erlassen werden muss. Es müssen vielmehr weitere Anstrengungen

in der Integration und in der Förderung von interkulturellen Kompetenzen ergriffen werden; bei der Bevölkerung wie auch bei den MigrantInnen. Wir müssen uns einsetzen, dass Frauen nicht gegen ihren Willen verheiratet oder beschnitten werden, da braucht es Aufklärung, Beratung und Schutz. Das sind, neben etlichen Problemen beim Aufenthaltsstatus, die wichtigen Probleme in der Migrationspolitik.

Gefährlich ist die Diskussion nach dem Motto: «in einem islamischen Land darf ich auch nicht...» In den meisten muslimischen Ländern gab es keine Aufklärung, dort findet man teilweise noch Vorstellungen, wie sie bei uns im Mittelalter üblich waren. Wir wollen ja nicht zu «Aug' um Auge, Zahn um Zahn» zurückkehren. Das hat nichts mit übertriebener Toleranz zu tun und auch nichts mit Kuschelpolitik.

Klare und transparente Kommunikation, gemeinsame Anstrengungen aller Betroffenen anstatt Verboten und Gesetzen – nur dieser Weg kann erfolgreich sein. Stigmatisierung, Ausgrenzung und Isolation sind falsche Antworten auf ein Problem, das in unserem realen Alltag inexistent ist.



**Barbara Stalder Ritschard**  
Präsidentin SP-Frauen  
Kanton Bern



SP-FRAUEN

### Braucht es einen Genozid?

Braucht es einen Genozid, damit Frauen an die Macht gelangen? Schrecklich, diese Frage. Noch schrecklicher, dass sie wahr ist. Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit wurden in so kurzer Zeit so viele Menschen ermor-



det. Rund siebenzig Prozent der nach dem Krieg verbleibenden Bevölkerung Ruandas bestand aus Frauen, Mädchen

und Kindern.

Die Männer waren tot oder in den Kongo geflüchtet. Zum Teil schwer traumatisiert, übernahmen die Frauen Felder, Firmen und wichtige Posten. Ruanda zählt immer noch zu den ärmsten Ländern der Welt. Aber es gehört heute auch – nach einer stillen Revolution der starken Frauen – zu einer der fortschrittlichsten Nationen Afrikas. Die Hälfte der ruandischen Unternehmen ist fest in weiblicher Hand. Frauen leiten 9 von 24 Ministerien. Im Parlament bilden sie mit 45 zu 35 Abgeordneten die Mehrheit! Die Uno führt die rapide Abnahme der Korruption klar auf den Einfluss der Frauen zurück. Nicht, dass die Frauen unschuldig waren am schrecklichen Genozid, aber sie konnten vergeben und haben das Land im Herzen Afrikas umgekrempelt und zum Hoffnungsträger des Kontinents gemacht. Die Situation ist nicht einfach. Alkoholismus und die Folgen der Traumata sind ein grosses Problem. Ob der Präsident die neue Macht der Frauen aushält? Wir werden es sehen. Ich wünsche den starken Frauen viel Mut und Durchhaltevermögen. Ich hoffe sehr, dass es keine Genozide mehr braucht, um Frauen in Führungspositionen zu akzeptieren.

Eva Hardmeier,  
Leitungsgremium SP-Frauen

SALOME HOFER IST DIE JÜNGSTE RIEHENER EINWOHNERRATSPRÄSIDENTIN

## «Ich möchte verbindend wirken»



Hat sich als jüngste je gewählte Präsidentin des Riehener Einwohnerrates einiges vorgenommen: Salome Hofer

«Ich habe noch nie ein politisches Amt aktiv angestrebt. Irgendwie bin ich immer überrollt worden.» Salome Hofers bisheriges politisches Palmarès liest sich gleichwohl einigermassen beeindruckend – angesichts ihres Alters von gerade mal 24 Jahren. Sie hat schon mehr erreicht als manch andere Politikerinnen und Politiker in einem langen Leben. 2006 wurde sie als jüngstes Mitglied für die SP in den Riehener Einwohnerrat gewählt. Bereits zwei Jahre später übernahm sie als Stellhalterin die Stellvertretung des «höchsten» Riehener Amtes, des Präsidiums des Einwohnerrates. Und nun präsidiert sie also seit Anfang Mai selber das Riehener Gemeindeparlament. Gewählt wurde sie mit einem veritablen Glanzresultat. «Sicher wäre es schön, wenn meine Wahl auch auf andere Junge eine Signalwirkung hätte, sich aktiv politisch zu en-

gagieren. Und ich hoffe, dass das Alter irgendwann gar keine Rolle mehr spielt bei der Besetzung wichtiger politischer Ämter», meint Salome Hofer.

Als Präsidentin des Einwohnerrates möchte sie, die im ausserparlamentarischen Leben kurz vor dem Abschluss ihres Studiums in Politikwissenschaften und «European Studies» steht, vor allem verbindend und vermittelnd zwischen den verschiedenen Fraktionen und politischen Haltungen wirken. «Das heisst allerdings nicht, dass sich nach einer Parlamentssitzung alle in den Armen liegen müssen», versichert Salome Hofer schmunzelnd. Und fügt gleich hinzu: «Gute Politik zu machen heisst für mich einerseits, einen klaren, erkennbaren Standpunkt einzunehmen, andererseits aber auch den richtigen Zeitpunkt für Kompromisse zu erkennen.»

Für ihre zweijährige Amtszeit als Einwohnerratspräsidentin hat sich Salome Hofer einiges vorgenommen: «Ich wünsche mir, dass die Sachkommissionen vom Gemeinderat künftig vermehrt bereits bei der Vorbereitung eines Sachgeschäftes konsultiert und einbezogen werden. Und ich möchte wichtige Geschäfte auch mal ohne Umweg über eine vorberatende Kommission direkt in den Rat bringen. Denn manchmal muss auch ein vielköpfiges Parlament die Möglichkeit haben, eine politische Grundsatzdebatte zu führen.»

Salome Hofers zweites politisches Standbein ist ihr Grossratsmandat. Auch im Kantonsparlament war sie zu Beginn der neuen Legislatur im vergangenen Jahr das jüngste Mitglied, was ihr die Ehre zuteil werden liess, zusammen mit dem Alterspräsidenten die erste Sitzung des neu gewähl-

ten Plenums mit einer eigenen Ansprache zu eröffnen. Im Grossen Rat engagiert sich Salome Hofer seither vor allem in der Jugend- und Bildungspolitik sowie im Sozial- und im Kulturbereich.

Und wie sieht es mit ihren weiteren politischen Ambitionen aus – vielleicht sogar auf nationaler Ebene? «In Moment konzentriere ich mich voll und ganz auf meine Aufgaben im Einwohnerrat und im Grossen Rat. Ich finde auch, dass ich mich für ein nationales politisches Amt bisher noch zu wenig profiliert habe. Und ich möchte mich auch beruflich noch nicht allzu sehr festlegen», stellt Salome Hofer klar.



**Dieter Wüthrich**  
Co-Leiter Partisekretariat  
SP BS

### GESUCHT

Auf dem Partisekretariat der SP Basel-Stadt ist per 1. August 2010 oder nach Vereinbarung eine Stelle neu zu besetzen:

### Politische Partisekretärin oder politischer Partisekretär 50%

Für die abwechslungsreiche und herausfordernde Aufgabe erwarten wir eine gute Allgemeinbildung, gute Kenntnisse der politischen Verhältnisse im Kanton Basel-Stadt sowie Erfahrung in Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie sind vertraut mit den politischen Anliegen und Zielen der Sozialdemokratischen Partei und können sich mit diesen identifizieren. Sehr gute Anwenderkenntnisse der üblichen Büro-PC-Programme setzen wir voraus.

Sie bringen für diese Tätigkeit zudem das notwendige Mass an Eigeninitiative, Flexibilität (Abendsitzungen), Teamfähigkeit und das Gespür für die Rolle eines professionellen Sekretariats in einer demokratisch organisierten Partei mit. Sie sind kommunikativ und engagiert. Erfahrungen in Non-Profit-Organisationen sind von Vorteil.

Wir bieten ein spannendes und nicht alltägliches Arbeitsumfeld, eine angemessene Entlohnung und gute Sozialleistungen.

Gerne erwarten wir Ihre schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen bis 15. Juli 2010 an: Martin Lüchinger, Parteipräsident SP Basel-Stadt, Postfach, 4005 Basel, Telefon 061 685 90 20.